

Presse-Information 2-9-2005

Landeselternrat fordert Ernsthaftigkeit und Nachhaltigkeit von Bildungsdebatten

Der Landeselternrat Niedersachsen fordert die Parteien des Niedersächsischen Landtages auf, die Landtagsdebatte über die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit als Chance für eine umfassende Bildungsdebatte zu nutzen, wie es sich nicht nur die 160.000 Unterzeichner/innen der Volksinitiative für Lernmittelfreiheit, sondern alle Erziehungsberechtigten Niedersachsens wünschen.

Der Landeselternrat erwartet für diese, aber auch für zukünftige Bildungsdebatten, eine Ernsthaftigkeit, die er in den letzten Jahren häufig vermisst hat. Gegenseitige Schuldzuweisungen und Vorwürfe bringen Niedersachsen in dieser finanziell schwierigen Situation nicht weiter.

Eine umfassende, gute Bildung und Erziehung ist der beste Grundstock, den wir unseren Kindern auf den Weg geben können und der sie befähigt, ihre private und berufliche Zukunft zu gestalten und ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Staat und Gesellschaft werden dabei durch verringerte Unterstützungsleistungen und geringere Kriminalität profitieren.

Der Landeselternrat appelliert mit allem Nachdruck an die Parteien des Niedersächsischen Landtags, parteiübergreifende Lösungen zur Weiterentwicklung des Schulwesens und zur Verbesserung der Unterrichtsqualität zu finden, die auch in der gesamten Bevölkerung Rückhalt haben.

Erinnert wird an die Erklärungen im Landtagswahlkampf 2003, in denen die Regierungsparteien der Bildung absolute Priorität eingeräumt hatten. Der Landeselternrat erwartet eine strikte Umsetzung dieser Versprechen und fordert die Regierungsparteien und die Landesregierung – besonders den Ministerpräsidenten und den Finanzminister – eindringlich auf, von weiteren Kürzungen im Bildungsbereich abzusehen und im Gegenteil zusätzliche Haushaltsmittel bereitzustellen, damit die Schulen ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag erfüllen können. Der jetzt festzustellende zum Teil erhebliche Unterrichtsausfall gefährdet in nicht hinzunehmendem Ausmaße die Erfüllung dieses Auftrages und verletzt in nicht wieder gutzumachendem Umfang das Recht der Schülerinnen und Schüler auf Bildung und Erziehung.